

Resolution

Im Rahmen des Bundesgrundschulkongresses 2019 haben die unterzeichnenden Verbände mit Empörung und Unverständnis zur Kenntnis genommen, dass der Schulversuch PRIMUS mit den Jahrgängen 1-10 nicht fortgesetzt werden soll.

In Deutschland gibt es derzeit etwa 150 öffentliche Schulen, in denen die Primarstufe mit der Sekundarstufe verbunden ist. In Berlin wurde z.B. die Gemeinschaftsschule (Jahrgängen 1-13) als weitere Schulform im Schulgesetz verankert.

Die Zusammenlegung von Grundschulen mit weiterführenden Schulen unter einer Leitung läuft auch in NRW seit 2013 unter dem Namen PRIMUS-Schulversuch an 5 Schulen mit Erfolg. Der Fortbestand dieser PRIMUS-Schulen soll entgegen der Empfehlung der wissenschaftlichen Begleitung nach dem Willen des Schulministeriums über die Jahre 2023 bzw. 2024 hinaus nicht weitergeführt werden.

Pädagoginnen, Pädagogen und Eltern wissen aufgrund ihrer Erfahrungen, dass die Trennung der Kinder nach Jahrgang 4 nachteilig ist.

Das Bündnis „Eine Schule für alle“ und der Grundschulverband fordern die Landesregierung NRW auf, das bisher so erfolgreiche Projekt PRIMUS dauerhaft fortzusetzen, um eine längerfristige, systematische und kontinuierliche Erprobung zu ermöglichen.

Gefordert wird außerdem, weiteren Schulen zu genehmigen, das längere gemeinsame Lernen von Jahrgang 1 bis 10 bzw. 13 zu erproben.

Maresi Lassek

Bundesvorsitzende des Grundschulverbandes

Uta Kumar

Für das NRW-Bündnis „Eine Schule für ALLE“